

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 15.10.2024

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:51 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Hofmann-Domke TOP 1 bis 3.1 Frau Schwarz ab TOP 3.2
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Wahlen	
3.1.	Wahl des/ der Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung BE: komm. Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister	1750/24
3.2.	Wahl des/ der ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstel- lung BE: komm. Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister	1752/24

- | | | |
|------|---|----------------|
| 4. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 5. | Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vom 02.05.2024 | 1057/24 |
| 6. | Behandlung von Anfragen | |
| 6.1. | Leichte Sprache
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Röttsch
hinzugezogen: komm. Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister | 1190/24 |
| 6.2. | Information der Bevölkerung über das Abkochgebot für Tiefthal
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Schade
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 1498/24 |
| 6.3. | Folgefragen Sozialräumliches Projekt in der Krämpfervorstadt
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Möller
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 1626/24 |
| 7. | Vorberatungen von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 7.1. | Zentrum für Integration und Migration Erfurt
BE: Leiter des Amtes für Soziales | 0603/24 |
| 7.2. | Kompetenz- und Beratungszentrum des Schutzbundes der Senioren und Vorruehändler
BE: Leiter des Amtes für Soziales | 0606/24 |
| 7.3. | Arbeitskreis Segregation
BE: Vertreter der Fraktion Mehrwertstadt
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit | 0661/24 |

7.4.	Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene – Modelvorhaben zur Abgabe von Cannabis entsprechend dem Programm des Bundes in Erfurt umsetzen BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	1585/24
7.5.	1. Nachtragshaushalt 2025 einschl. Finanzplanung bis 2028 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	1666/24
7.6.	Keine Zeltlager in Erfurt: Taskforce für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Erfurt BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	1817/24
8.	Informationen	
8.1.	Erfurter Mietspiegel in der Gültigkeit bis zum 30.06.2025 verlängert BE: Leiter des Amtes für Soziales	1029/24
8.2.	Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt BE: komm. Leiter des Personal- und Organisationsamtes	1189/24
8.3.	LSZ Förderung in 2025 - Umsetzung Haushaltsbegleit Antrag BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	1813/24
8.4.	Mündliche Informationen	
8.5.	Sonstige Informationen	

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, begrüßte die Ausschussmitglieder und der Gäste. Sie stellte die form- und fristgemäß Einladung gem. nach § 35 II ThürKO fest. Zu Beginn der Sitzung waren 10 Mitglieder anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit gem. § 36 I ThürKO gegeben. Abschließend zeigte Sie sich erfreut, dass endlich die Arbeit der Fachausschüsse beginnen könne.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, informierte über folgende Änderungen der Tagesordnung, welche im Vorfeld zur Sitzung eingereicht wurden:

- TOP 6.1 – die Drucksache 1190/24 wurde durch die Fragestellerin, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt zurückgezogen

sowie

- TOP 7.3 – die Drucksache 0661/24 wurde durch die einreichende Fraktion Mehrwertstadt vertagt.

Weitere schriftliche Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt. Auf Nachfragen erfolgten zudem keine mündlichen Anträge zur Änderung der Tagesordnung.

Der geänderten Tagesordnung stimmten die 10 anwesenden, stimmberechtigten Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Wahlen

3.1. Wahl des/ der Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, 1750/24 Arbeitsmarkt und Gleichstellung BE: komm. Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, stellte die Anwesenheit von 10 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest. Sie

gab den Hinweis, dass jedes Mitglied des Ausschusses eine Stimme hat, die durch Ankreuzen auf dem Wahlzettel wahrgenommen wird, und derjenige gewählt ist, der mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Bei 10 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist gewählt, wer 6 Stimmen erhält.

Für den Vorsitz des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wurde Frau Sarah Schwarz von der Fraktion Die Linke vorgeschlagen.

Auf die Nachfrage von Frau Hofmann-Domke, ob es weiter Wahlvorschläge gibt, erfolgte keine Wortmeldung.

Frau Hofmann-Domke unterbreitete den Vorschlag, dass durch die anwesenden Mitarbeiter des Sitzungsdienstes die Wahlkommission gebildet wird. Hierzu erhob sich kein Widerspruch Seitens der Ausschussmitglieder.

Frau Hofmann-Domke eröffnete die Wahlhandlung und bat die Mitglieder an die Wahlurne.

Nach Abgabe der Stimmzettel erklärte Frau Hofmann-Domke die Wahlhandlung für beendet.

Nach dem Ende der Wahlhandlung wurde durch Frau Hofmann-Domke das Ergebnis der Wahl mitgeteilt.

Danach wurden

- 10 Stimmzettel abgegeben,
- hiervon waren 0 Stimmen ungültig,
- auf Frau Schwarz entfielen 10 Stimmen.

Damit wurde Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, zur Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung gewählt. Frau Schwarz erklärte, dass sie die Wahl annimmt.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend übergab die Sitzungsleitung an Frau Schwarz. Sie bedankte sich für das Vertrauen und nahm die Wahl an.

gewählt

Beschluss

Zur Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird gewählt:

Frau Sarah Schwarz

3.2. Wahl des/ der ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung 1752/24
BE: komm. Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

Die Ausschussvorsitzende Frau Schwarz, Fraktion Die Linke stellte die Anwesenheit von 10 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest. Sie gab den Hinweis, dass jedes Mitglied des Ausschusses eine Stimme hat, die durch Ankreuzen auf dem Wahlzettel wahrgenommen wird, und derjenige gewählt ist, der mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Bei 10 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist gewählt, wer 6 Stimmen erhält.

Von der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt wurde als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung Frau Tina Morgenroth vorgeschlagen.

Frau Morgenroth, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, wurde durch Röttsch entschuldigt. Sie informierte, dass die Kandidatur selbstredend trotz Abwesenheit aufrecht erhalten bleibt.

Auf die Nachfrage von Frau Schwarz, ob es weiter Wahlvorschläge gäbe, erfolgte keine Wortmeldung.

Frau Schwarz unterbreitete den Vorschlag, dass durch die anwesenden Mitarbeiter des Sitzungsdienstes die Wahlkommission gebildet wird. Hierzu erhob sich kein Widerspruch Seitens der Ausschussmitglieder.

Frau Schwarz eröffnete die Wahlhandlung und bat die Mitglieder an die Wahlurne.

Nach Abgabe der Stimmzettel erklärte Frau Schwarz die Wahlhandlung für beendet.

Nach dem Ende der Wahlhandlung wurde durch Frau Schwarz das Ergebnis der Wahl mitgeteilt.

Danach wurden

- 10 Stimmzettel abgegeben,
- hiervon waren 2 Stimmen ungültig,
- auf Frau Morgenroth entfielen 8 Stimmen.

Damit wurde Frau Morgenroth, Fraktion Mehrwertstadt, zur stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung gewählt. Frau Morgenroth konnte aufgrund der Abwesenheit noch nicht annehmen. Dies sei jedoch im Nachgang der Wahl schriftlich oder zur kommenden Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung nachholbar, so Frau Schwarz.

gewählt

Beschluss

Zur ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird gewählt:

Frau Tina Morgenroth

4. Dringliche Angelegenheiten

Eine Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

- 5. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vom 02.05.2024 1057/24**

Es wurden weder mündliche noch schriftliche Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

genehmigt Ja 6 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

6. Behandlung von Anfragen

- 6.1. Leichte Sprache 1190/24**
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Röttsch
hinzugezogen: komm. Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

zurückgezogen

- 6.2. Information der Bevölkerung über das Abkochgebot für Tiefthal 1498/24**
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Schade
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Es lagen keine weiteren Fragen hinsichtlich der Angelegenheit vor.

zur Kenntnis genommen

- 6.3. Folgefragen Sozialräumliches Projekt in der Krämpfervorstadt 1626/24**
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Möller
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Unter Bezugnahme den öffentlichen Tagesordnungspunkt 8.3 – Drucksache 1813/24 (LSZ Förderung in 2025 - Umsetzung Haushaltsbegleitantrag), ging der Fragesteller Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, bzgl. des Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben (LSZ) darauf ein, aus welchem Grund trotz der im Haushalt vorgesehenen Ausgabenpositionen keine Veränderungen für ein sozialräumliches Projekt der Krämpfervorstadt berücksichtigt wurde. Es stelle sich die Frage, welche Möglichkeiten als Fachausschuss bestünden Einfluss zu nehmen. Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, entgegnete, dass nach Ablauf der Antragsfrist zum 30.09.2024 kein konkreter Antrag zu einem entsprechenden Sozialräumlichen Projekt in der Krämpfervorstadt für das Jahr 2025 eingereicht wurde. Bis Mitte November 2024 erfolge nunmehr die abschließende Prüfung durch die zuständigen Fachplaner. Ergänzend erläuterte der für den thematisierten Fachbereich zuständige Referent des Dezernates 05 die Hintergründe. Um im Rahmen der Arbeit des Fachausschusses eine Einflussnahme auf die Verteilung zu nehmen, müsse das Verfahren rund um die Förderung des LSZ geändert werden, schloss der zuständige Fachreferent seine Ausführungen ab. Weiterhin sei zu beachten, dass bei Entnahmen von Mitteln aus dem Fördertopf des LSZ zur Verwendung für bspw. Sozialraumprojekte, im Umkehrschluss eine Streichung bei der Förderung von Trägern erfolgen müsse.

zur Kenntnis genommen

7. Vorberatungen von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 7.1. Zentrum für Integration und Migration Erfurt 0603/24**
BE: Leiter des Amtes für Soziales

Zurückblickend erinnerte Herr Dr. Weisskopf, Fraktion CDU, daran, dass in der Vergangenheit eine regelmäßige Berichterstattung durch das Zentrum für Migration und Integration im Ausschuss erfolgte. Er regte vor diesem Hintergrund dazu an, diese Gewohnheit für die neue Wahlperiode wiedereinzuführen. Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke bedankte sich für den Hinweis und sicherte dies zu. Zu weiteren Verständnisfragen durch Herrn Dr. Weisskopf nahm der Leiter des Amtes für Soziales abschließend Stellung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde die Drucksache unverändert zur Abstimmung gestellt.

bestätigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

7.2. Kompetenz- und Beratungszentrum des Schutzbundes der Senioren und Vorruehstaendler 0606/24
BE: Leiter des Amtes für Soziales

Unter Bezugnahme auf die vergangene Wahlperiode erbat Herr Dr. Weisskopf, Fraktion CDU, dass durch das Komeptenz- und Beratungszentrums des Schutzbundes der Senioren und Vorruehstaendler Thüringen e. V. zukünftig wieder eine regelmäßige Berichtserstattung im Ausschuss erfolgt. Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke bedankte sich für den Hinweis und sicherte dies zu.

Zu den vom sachkundigen Bürger, Herrn Zerull, erbeten näheren Informationen bzgl. des im Beschlusspunktes 02 der Drucksache benannten Begriff „angemessenen Sachkosten“, nahm der Leiter des Amtes für Soziales hinreichend Stellung. Hinsichtlich der abschließend Frage, ob Vorruehstaendler und Senioren im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung angestellt werden könnten, wurde dies durch die Amtsleitung bestätigt.

Nachdem kein weiterer Beratungsbedarf vorlag, forderte die Ausschussvorsitzende, Frau Schwarz, Fraktion die Linke, die stimmberechtigten Mitglieder auf über die Vorlage zu votieren:

bestätigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

7.3. Arbeitskreis Segregation 0661/24
BE: Vertreter der Fraktion Mehrwertstadt
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

vertagt

7.4. Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene – Modelvorhaben zur Abgabe von Cannabis entsprechend dem Programm des Bundes in Erfurt umsetzen 1585/24
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Nach Aufruf der Drucksache durch die Ausschussvorsitzende, Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, wurde das Wort an die Vertreterin der einreichenden Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Wuttig übergeben. Sie informierte die Ausschussmitglieder über die Anwesenheit folgender Gäste:

- Herrn Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

und

- zwei Vertreter der Konsumcannabisabgabestelle Erfurt

Sodann beantragte Frau Wuttig das Rederecht für die vorbenannten Personen, welches einstimmig erteilt wurde.

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zunächst ergriff Herr Robeck das Wort und erläuterte den Hintergrund der durch die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN eingebrachte Entscheidungsvorlage. Er erinnerte auf die vor wenigen Monaten in Kraft getretene Teillegalisierung von Cannabis, verwies aber gleichzeitig auf die nunmehr noch ausstehende Umsetzung zur Einführung von sogenannten „Cannabis-Social-Clubs“ (lizenzierte Cannabis-Shops). Die Einführung einer legalen Abgabestelle sei für eine Stadt wie die Landeshauptstadt Erfurt dringend notwendig, um illegalen Drogenumschlagsplätzen entgegenzuwirken. Zudem würde bei der Umsetzung kein unmittelbarer Verwaltungsaufwand entstehen, erläuterte Herr Robeck weiter. Obwohl die Beschlussfassung auf Bundesebene noch nicht erfolgt sei, wäre es ratsam bereits alle Vorbereitungen für die Einführung eines solchen Pilotprojektes zu treffen, um umgehend mit der Umsetzung zu beginnen, sofern die gesetzlichen Grundlagen geschaffen seien. Ergänzend informierte die Vertreterin der Konsumcannabisabgabestelle Erfurt über das bereits ausgearbeitete Konzept und den eigens vorgegebenen Arbeitsauftrag. Neben der Mitgestaltung einer Abgabestelle, wolle man ebenso einen Beitrag zum sicheren Umgang mit Cannabis beisteuern, aufklären wie auch den regionalen Anbau und Vertrieb fördern. Ebenso solle der Aspekt der medizinischen Anwendung von Cannabis nicht außer Acht gelassen werden. Neben dem Erwerb von „Rauchzubehör“ wolle man auch intensiv den Kinder- und Jugendschutz fördern und eine Hilfe zur Eindämmung des Schwarzmarktes darstellen.

An der anschließenden Debatte beteiligten sich u.a. Herr Dr. Weisskopf und Herr Waßmann, Fraktion CDU, Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, Frau Rötsch, Fraktion Mehrwertstadt, der sachkundige Bürger, Herr Dr. Wolfram und die anwesende Ortsteilbürgermeisterin des Roten Bergs, Frau Rothe.

Neben dem Lob über das Engagement, eine verantwortungsvolle Umsetzung für eine legale Abgabestelle zu schaffen, wurden eine Vielzahl von Fragen aufgeworfen. Unter anderem wurde hinsichtlich des vorgestellten Konzeptes bemängelt, dass keine detaillierten Erläuterungen bezüglich der tatsächlich Einführung eines Modellprojektes zu erkennen seien. Hierbei wurde auch darauf verwiesen, dass durch alle Träger der Suchtprävention eine Zusammenarbeit zwecks der Einführung sog. Konsumcannabisabgabestellen absolut abgelehnt würde. Bezüglich der Zielsetzung illegale Drogenumschlagsplätze einzudämmen, bestand Konsens, dass dies erfahrungsgemäß bei einer existierenden Suchtproblematik kaum möglich sei. Zudem müssen konkrete Regelungen zu Bannmeilen geschaffen werden, um sensible Einrichtungen, wie beispielweise solche der Suchthilfe und psychologische/psychiatrische Beratungsstellen, ausreichend zu schützen. Hier sollte und muss dem Gesetz vorgegriffen werden, um Betroffene oder gefährdete Personengruppen ausreichend zu

schützen. Abschließend erfolgte der Verweis auf die Stellungnahme der Verwaltung. Es stelle sich somit die Frage, welche notwendigen nächsten Schritte folgen müssten und welche Schnittstellen bereits zwischen dem Arbeitskreis „Suchtprävention“ und möglichen Akteuren bestehen und wer welche die Konsumcannabisabgabestelle tatsächlich betreiben möchten.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, bedankte sich bei der einreichenden Fraktion für die eingereichte Initiative sowie bei allen Anwesenden für die offene und konstruktive Debatte. Wie zu erkennen, habe man beispielsweise bewusst das Jugendamt miteingebunden, da wie in der Debatte deutlich geworden, verschiedenste Fachbereiche bei diesem konkreten Thema Gehör finden müssen. Neben gesundheitlichen Aspekten, dürfen Aspekte der Jugendhilfe oder des Ordnungsrechts nicht vernachlässigt werden, so die Bürgermeisterin. Im Rahmen der Arbeit des Arbeitskreises Suchtprävention bestehe bereits eine enge Zusammenarbeit mit dem Kriminalpräventiven Rat, mit welchem man regelmäßig im Austausch stehe.

In Bezug auf die noch nicht hinreichend ausgearbeiteten Details zur konkreten Einführung, äußerte Herr Robeck seinen Dank zu den konstruktiven Hinweisen. Man habe sich durchaus noch nicht detailliert mit einer tatsächlichen Umsetzung auseinandergesetzt, wolle aber bereits frühzeitig den Anstoß geben, um eine reibungslose Einführung zu ebnen. Eine offene Debatte, wie diese, ist absolut wünschenswert und notwendig. Grundlegend stehe man einem Austausch mit allen benannten Beteiligten aufgeschlossen gegenüber.

Abschließend verwies die Leiterin des Gesundheitsamtes auf das eigens durch die Landeshauptstadt Erfurt erarbeitete „Suchtpräventionskonzept“, welches eben genau die Einführung und die Betreuung von sogenannten Konsumcannabisabgabestellen in einem Stufenplan thematisiert. Sie informierte die Ausschussmitglieder über den Tagungskalender des Arbeitskreises und prognostizierte die Vorstellung neuer Erkenntnisse für das erste Quartal 2025.

Aufgrund der vorgebrachten Argumente, hinsichtlich einer notwendigen Konkretisierung über die Einführung eines Modellvorhabens, stellten die Vertreter der einreichenden Fraktion den Antrag auf Vertagung der Drucksache ins erste Quartal 2025 soweit die Ergebnisse des Arbeitskreises Suchtprävention zur Drucksache vorliegen.

Dem Antrag auf Vertagung wurde einstimmig gefolgt:

vertagt

7.5. 1. Nachtragshaushalt 2025 einschl. Finanzplanung bis 2028 1666/24
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Auf Nachfragen zu dem Hintergrund des Nachtragshaushalt 2025 einschließlich der Finanzplanung bis 2028 erläuterte die Leiterin der Stadtkämmerei detailliert die Gründe der Überarbeitung und hob hervor, dass der wesentliche Anlass die Zusammenlegung der Ei-

gentriebe sei. Zudem verwies sie auf die Verpflichtung des Gesetzgebers für Erstellung eines Doppelhaushaltes aus Sicht der Einhaltung des § 2 UStG, nach welcher eine Fortschreibung des Finanzplanes erforderlich ist. Mithin wurde mitgeteilt, dass keine Korrektur der Haushaltsansätze erfolgte. Hinsichtlich des Sozialbereiches gab es bereits jetzt Anzeichen, dass bestimmte Kostenstellen nicht ausreichen werden und die Prognosen der Realität angepasst werden müssen, welche rund 13. Mio. beträgt. Ergänzend erklärte der Leiter des Amtes für Soziales das auf dem Gebiet der „Hilfe zur Pflege“ tariflichen Anpassung notwendig waren, da die Personalkosten gestiegen sind. Auch wurden die Kostenstellen bei „Hilfen zur Gesundheit“ angehoben, um Personen weiterhin versorgen zu können, welche nicht versichert sind. Zudem erfolgte eine Anhebung der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen, schloss der Leiter des Amtes für Soziales seine Ausführungen ab.

Durch Herrn Möller, Fraktion SPD & PIRATEN wurde explizit die Untermauerung der für das Jahr 2025 eingestellten Kostenstelle in Höhe von 400.000,00 EUR zur Einführung Seniorenpasses erbeten. Hierzu nahm die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit Stellung und erläuterte die noch nicht abgeschlossenen Sondierungsgespräche der eigens hierfür eingerichteten Verwaltungsgruppe (Arbeitskreis).

Zu der Frage, die nicht sofort bzw. ausreichend beantwortet werden konnte, wurde die nachfolgende Festlegung getroffen, die schriftlich vor der Beratung im Stadtrat am 06.11.2024 beantwortet werden soll:

Anlage 2 – Nachtragshaushalt-Plan inkl. Anlagen
Verwaltungshaushalt 2025)

Dezernat/ Amt	Seite	HH-Stelle bzw. UA	Bezeichnung	schriftliche Prüfaufträge
D05/A 50	S. 29.	49510/ 61640	Sonstige soziale Angelegenheiten – Weitere Hilfen und Leistungen (Seniorenpass)	. Erläuterungen zur Struktur sowie Eckpunkte des geplanten Seniorenpasses für das Jahr 2025

Abschließend stellte die Vorsitzende die Drucksache zur Abstimmung.

bestätigt Ja 1 Nein 0 Enthaltung 10 Befangen 0

7.6. Keine Zeltlager in Erfurt: Taskforce für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Erfurt **1817/24**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Nach Aufruf der Drucksache beantragte Frau Wuttig als Vertreterin der einreichenden Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, das Rederecht für das anwesende Fraktionsmitglied Herr Robeck, Das Rederecht wurde durch die stimmberechtigten Ausschussmitglieder einstimmig erteilt. Mit Verweis auf in der Vergangenheit getroffenen Aussagen des Oberbürgermeisters a. D., Herrn Bausewein sowie dem Leiter des Amtes für Soziales, dass im Zweifel eine Unterbringung von Geflüchteten in sog. Zeltlagern unumgänglich ist, wenn andere Unterbringungsmöglichkeiten kurzfristig nicht zur Verfügung stünden, erläuterte Frau Wuttig, als Vertreterin der einreichenden Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, den Hintergrund der Entscheidungsvorlage. Sie betonte, dass eine solche menschenunwürdige Unterbringung mit allen möglichen Mitteln verhindern werden müsse und nicht in die Praxis umgesetzt werden dürfe. Mit Hilfe einer „Task-Force“ könne man so bereits vorsorglich Vorkehrungen treffen und Standorte zur Unterbringung von Geflüchteten eruieren.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, entgegnete, das aufgrund der Geflüchtetenwelle im Jahr 2015 bereits eben eine solche Arbeitsgruppe für die Landeshauptstadt Erfurt ins Leben gerufen wurde. Nach Ausbruch des Angriffskrieges gegen die Ukraine wurde diese erneut aktiviert, welche mittlerweile seit Januar 2024 immer am letzten Dienstag im Monat tagt. In Bezug auf Nachfragen, inwieweit auch die Wohnungsgenossenschaften sowie private Immobilienunternehmen bei der Erhebung von Wohnraum miteinbezogen werden würden, informierte Frau Hofmann-Domke an einen eigens eingerichteten „runden „Tisch“ der Wohnungswirtschaft, bei welchen alle Akteure der Vermietung beteiligt sind.

Hinsichtlich der getroffenen Aussagen des Oberbürgermeisters a. D. über eine Unterbringung Geflüchteter in Zeltlager, erinnerte Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN daran, dass zu keiner Zeit eine dauerhafte Unterbringung geplant war. Zudem bat er die Verwaltung um eine Einschätzung, ob nach derzeitigen Stand, im Falle eines erneuten, überraschenden Stromes Geflüchteter, eine Unterbringung möglich sei.

Gem. dem Erlass des Freistaates Thüringens, ist der Aufnahmeschlüssel zur Aufnahme Geflüchteter für die Kommunen fest vorgeschrieben, so Frau Hofmann-Domke. Ein neuer Sachstandsbericht durch den Freistaat werde für Ende Oktober erwartet.

Abschließend ergriff Herr Waßmann, Fraktion CDU, das Wort und zeigte Verständnis für die Initiative der einreichenden Fraktion. Dennoch sei zu Bedenken, dass die momentane Situation nicht im Geringsten mit der fürchterlichen Gesamtlage im Jahr 2015 oder 2022 zu vergleichen ist. Gerade vor diesem Hintergrund sollte man nach außen nicht den Eindruck erwecken, dass eine ähnliche Notlage existiere oder bevorstünde. Seiner Ansicht wäre es ratsam die Angelegenheit vorerst zu vertagen, schloss Herr Waßmann seine Ausführungen ab.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, richtete sich aufgrund der getroffenen Aussagen mit der Frage an die Vertreter der einreichenden Fraktion, ob trotz der vorgebrachten Gegenargumente an der Drucksache festgehalten werde.

Im Namen der einreichenden Fraktion beantragte Frau Wuttig sodann die Vertagung der Angelegenheit bis November 2024. Die Ausschussmitglieder stimmten einstimmig mit nachstehenden Ergebnis für eine Vertagung:

vertagt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

8. Informationen

- 8.1. Erfurter Mietspiegel in der Gültigkeit bis zum 30.06.2025 verlängert 1029/24**
BE: Leiter des Amtes für Soziales

Es wurden keine weiteren Fragen Seitens der Ausschussmitglieder gestellt.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt 1189/24**
BE: komm. Leiter des Personal- und Organisationsamtes

Unter Bezugnahme auf den vorletzten Absatz der Informationsdrucksache, dass während des Pilotprojektes keine Einschätzung der anfallenden Kosten im Falle der Erweiterung auf alle Einrichtungen getroffen werden könne, bat Frau Wuttig, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, um nähere Erläuterungen, weswegen keine Erhebung der einzelnen Standorte möglich wäre. Hierzu entgegnete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke auf verschiedensten Abrechnungs- und Haushaltsmodalitäten. Am Beispiel von Schulen würde eine Abrechnung in Schuljahren erfolgen. Andere Standorte, wie z. B. beteiligte Ämter hingegen verfahren in einem jährlichen Abrechnungsrhythmus. Eine aussagekräftige Erhebung ist vor diesem Hintergrund nicht möglich, schloss Frau Hofmann-Domke ihre Ausführungen ab.

Auf Nachfragen von Frau Herold, ob Einrichtungen an dem Pilotprojekt beteiligt seien, welche die Bereitstellung kostenloser Periodenprodukte über Sachspenden ermöglichen, erklärte Frau Hofmann-Domke, dass die zur Verfügung gestellten genutzten Boxen fast alle gespendet wurden. Weiterhin beteiligen sich Schulen in freier Trägerschaften, wobei hierbei das Angebot ausschließlich über Spenden aufrechterhalten wird.

zur Kenntnis genommen

8.3. LSZ Förderung in 2025 - Umsetzung Haushaltsbegleit- 1813/24
trag
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung, Jugend und Gesundheit

Auf die Anlage 2 der Drucksache verweisend, bat Herr Dr. Weisskopf, Fraktion CDU, um nähere Erläuterungen zur Haushaltsstelle 49510.61610 – Prozess Integrierte Sozialraumplanung in Höhe von 25.000,00 EUR. Der Leiter des Amtes für Soziales ergriff das Wort und erläuterte die Kostenposition und verwies auf eine zu Beginn des Jahres erfolgte Kostenerhebung. Unter anderem sind unter diesen Positionen Kosten zur Durchführung von Veranstaltungen, aber auch die Beteiligung von Bürgern und beteiligten Sozialträgern enthalten.

Auch unter Bezugnahme auf den öffentlichen Tagesordnungspunkt 6.3- Drucksache 1626/24 (Folgefragen Sozialräumliches Projekt in der Krämpfervorstadt), wurden zurückliegend durch den Stadtrat Mittel zur Verfügung gestellt, deren Verwendung bewusst allgemein gehalten wurde, so Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN. Er richtete sich mit einer Bitte an die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke ggf. Begleitstunden oder Informationsveranstaltungen zu initiieren, um zu klären, was der Begriff „Integrierte Sozialraumplanung“ zum Ziel habe, an welcher Stelle die Planungen hierfür stehen und welche Rolle der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung in diesem Zusammenhang grundsätzlich habe. Als weitere Idee regte Herr Möller hinsichtlich der dargestellten Summen an, bei der Mittelverteilung frühzeitig eine Vorverteilung der Fördersummen vorzunehmen, um bspw. größere planbarer zu machen.

Unter Verweis auf regelmäßigen Klausurtagungen zu Beginn einer Wahlperiode für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, bedankte sich Frau Hofmann-Domke für den unterbreiteten Vorschlag. Sie bat darum etwaigen Informationsbedarf der Ausschussmitglieder, Fragen und Anregungen zur Zusammenarbeit der Verwaltung mit den Ausschuss in den nächsten 2 Wochen über den Sitzungsdienst oder direkt an das Dezernat 05 zu senden, damit eine konstruktive Zusammenarbeit in der neuen Wahlperiode gewährleistet werden kann.

zur Kenntnis genommen

8.4. Mündliche Informationen

Im Vorfeld zur Sitzung wurden keine mündlichen Informationen abgefordert.

8.5. Sonstige Informationen

Es bestand kein sonstiger Informationsbedarf.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, beendete sodann die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung. Die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

gez. Schwarz
Vorsitzende

gez. Hofmann-Domke
Sitzungsleitung und Bürgermeisterin
und Beigeordnete Soziales, Bildung,
Jugend und Gesundheit

gez. 
Schriftführer/in